

# Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Dienstag: Monats-Bezugspreis 1,50 RM., in den Bezugszeiten des Postgesetzes 1,90 RM., bei Postung im Staatsgebiet 1,95 RM., bei Postung im Ausland 2,00 RM.  
Wochensatz 50 Pf., Einzelnummer 10 Pf., Einzelheft 20 Pf.  
Verlagsdirektor: Georg 2001, Geschäftsverwalter: Frankenberg, Frankenberg 51. Telegramm: Tageblatt Frankenberg.

## Bezirks-Anzeiger

Bezugspreis: Der Grundpreis für die 26 mal wöchentlich erscheinende Zeitung beträgt 20 Geldeinheiten, für die 12 mal wöchentlich erscheinende Zeitung 30 Geldeinheiten, für die 12 mal wöchentlich erscheinende Zeitung 60 Geldeinheiten. Keine Anzeigen sind bei Ausgabe zu bezahlen. Die Anzeigen sind in der Zeitung zu veröffentlichen. — Für die Anzeigen sind die Gebühren nach dem Tarif zu bezahlen. Bei größeren Aufträgen und im Abonnement sind besondere Ermäßigungen nach Rücksprache zu machen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Stöba, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa.  
Rotationsdruck und Verlag: C. K. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg, Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegeat, Frankenberg.

Nr. 34

Donnerstag den 10. Februar 1927 nachmittags

86. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

Der Reichstag hat gestern den Gesetzentwurf über die Vorstufe in dritter Lesung angenommen.

Dem Verwaltungsrat der Reichspost hat sich gestern der neue Reichspostminister Schödl vorgestellt.

Nach Meldungen aus Portugal haben in Lissabon die Revolutionäre, in Oporto die Regierungstruppen gesiegt.

Chamberlain hat dem Völkerbund eine Erklärung über die englische Politik in China zugesagt lassen.

Der deutsche Botschafter in Paris Herr von Hoefich hat gestern eine Unterredung mit Briand über alle zwischen Deutschland und Frankreich stehenden politischen Fragen.

Die Tanagerverhandlungen in Paris sind gestern mit dem Empfang der Delegierten durch Briand offiziell eröffnet worden.

Die amerikanische Regierung beschäftigt gleichzeitig mehrere Kriegsschiffe zum Schutze der amerikanischen Interessen nach Portugal zu entsenden.

Der Präsident von Portugal soll nach den letzten Madrider Meldungen gefangen genommen worden sein.

In der Debatte über die Thronrede im englischen Unterhaus stellte sich Lord George im wesentlichen hinter die Chinapolitik der Regierung.

Die Nationalbank von Belgien hat ihren Diskontsatz von 6 1/2% auf 6% herabgesetzt.

In China sind bei einer Munitionsexplosion über 10 Personen getötet worden.

### Das Problem der europäischen Wirtschaft

Von Robert v. Schenk, Mailand.

Untrüglich und zwingend ist das Gesetz der Vahnen. Gelingt es auch Finanzkapitalen, durch Maßnahmen und kluge Ziffergruppirungen ungeheure Wirtschaftsgelände einige Zeit lang über Wasser zu halten, so kehrt doch die Geschichte der Wirtschaft immer wieder aufs neue, daß sich auch ihre Wächter der Stärke dieses ungeschriebenen Gesetzes beugen müssen.

Stabilität bleibt der untrügliche Gradmesser jeder Wirtschaftsform. Die Stabilität ist von zwei Faktoren abhängig: vom Warenpreis und Absatz. Der Warenpreis ist bedingt durch den Arbeitsprozeß, und zwar eine Funktion des investierten Kapitals und der geleisteten Arbeit. Der Absatz dagegen wird durch die Kaufkraft der Kundenschaft bestimmt. Er muß demnach der Kaufkraft angepaßt sein. Sinkt die Kaufkraft, oder tritt gar völlige Stagnation ein, so ist der Kaufmann gezwungen, seine Produktionsmethoden zu revidieren, weil er keine andere Möglichkeit besitzt, die Kaufkraft seiner legitimen Abnehmer irgendwie zu beeinflussen.

Die Reaktion, welche ein gewissenhafter Kaufmann in solchem Falle vornimmt, erstreckt sich vorwiegend auf Erparnisse, die er im Rahmen seines Betriebes, innerhalb der Produktionsphasen erzielen kann. In welchem Sinne gehören in dieses Gebiet die heute wohl bekannnten Methoden der Rationalisierung, die Bildung von Verkaufsfunktionen und die Konzentrierung der Produktion. Aber häufig genügt dies nicht. Dann tritt der Fall ein, daß nur die Abschreibung investierten Kapitals den überlasteten Produktionsprozeß so entscheidend beeinflussen kann, um das Produkt marktfähig zu gestalten, indem es der Kaufkraft der legitimen Kundenschaft wieder entspricht. Zu diesem Hilfsmittel muß gegriffen werden, sobald Überkapitalisierung oder zu starke Veranschlagung den Produktionsprozeß überlasten.

Die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit ist ein deutliches Wahrzeichen der Lage in der europäischen Gesamtwirtschaft und beweist, daß die Methoden der Konzentration, Rationalisierung und Restriktion des Produktionsapparates, welche die Rentabilität der Wirtschaft wieder herstellen sollen — tatsächlich jedoch nur die Ausbreiterhaltung zu hoher Warenpreise bedeuten — keine Überwindung der Krise bewirken können, weil sie die Kaufkraft der Kundenschaft gänzlich unbeeinträchtigt lassen.

Das Wesen der europäischen Wirtschaft ist ein Warenverkehr, bei dem europäische Erzeugnisse gegen Lebensmittel und Rohstoffe getauscht werden. Während die Preise der Lebensmittel und

### Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen

#### Neue Zollkämpfe?

Berlin, 10. Februar.

Von unserem Berliner Vertreter.

Während die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die nach wiederholten Unterbrechungen bereits über zwei Jahre geführt werden, infolge der unangenehmen Haltung Polens vor dem Abbruch stehen, werden die für das deutsche Wirtschaftsleben weit wichtigeren deutsch-französischen Handelsbeziehungen in der nächsten Zeit eine Klärung erfahren. Die privaten Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen sind bereits in vollem Gange. So hat das deutsch-französische Verständigungskomitee, das in Berlin Besprechungen über die gegenseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder abgehalten hat, sich auch mit der deutschen Quote an der Rohstoffherzeugung beschäftigt. In Paris werden nun in den nächsten Tagen die Vertreter des deutschen Rohstoffinstituts eintreffen, um mit den französischen Interessenten eine Reihe von Preisfragen betreffend den schließlichen Rots, Bunterohle usw. zu erörtern. Diese Verhandlungen werden sich schwieriger gestalten, weil die französischen Güterwerke als Folge der allgemeinen Abschwäche eine bedeutende Einschränkung ihrer Betriebe vornehmen müßten, woraus sich ein geringerer Verbrauch an deutschem Rots ergibt. Der Bezug von deutschem Rots mußte bereits von 300 000 auf 250 000 Tonnen monatlich herabgesetzt werden.

Neben diesen privaten Verhandlungen laufen die Vorbereitungen über den Abschluß eines neuen provisorischen deutsch-französischen Handelsabkommens. Das bisher zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarte Handelsvertragsprovisorium ist bereits schon einmal verlängert worden, und zwar läuft es am 27. Februar ab. Man wird auch diesmal noch nicht zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages kommen, weil die französische Regierung ihren neuen Zolltarif noch immer nicht den deutschen Regierungsstellen übermitteln hat. Das bisherige deutsch-französische Provisorium wird also wieder verlängert werden müssen. Die bereits eingeleiteten Verhandlungen sind in beständiger Weise vorangeschritten, der Abschluß des Abkommens wird jedoch eine letzte Verzögerung erfahren wegen der Schwierigkeiten, die sich bezüglich der Einfuhr französischer Weine nach Deutschland ergeben haben. Da am nächsten Sonnabend in Paris ein Ministerrat stattfindet, wird man annehmen können, daß dann der Abschluß eines neuen deutsch-französischen Handelsvertragsprovisoriums bald Tatsache werden wird.

Der neue französische Zolltarif, dessen Prüfung durch die zuständigen Berliner Regierungsstellen eine Vorbedingung für die Aufnahme endgültiger Handelsvertragsverhandlungen ist, wird nach unseren Informationen Mitte Februar in Berlin vorliegen. Wie wir hören, wird die Reichsregierung bei der Prüfung des französischen Zolltarifs auch die maßgebenden deutschen Industriekreise hinzuziehen. Was ist sich nicht im Unklaren darüber, daß der neue französische Zolltarif die Einfuhr ausländischer Produkte nach Möglichkeit zu beschränken versucht. Der Grund hierfür ist in den unklaren französischen Wirtschaftsverhältnissen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit und weiter auch darin zu suchen, weil Poincaré sich noch immer nicht zur Stabilisierung der französischen Valuta hat entschließen können. Man wird im übrigen nicht fehlgehen in der Annahme, daß der deutsche Botschafter in Paris, von Hoefich, bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin mit dem

Rohstoffe seit Kriegsende bedeutend gefallen sind, zeigt die Preisgestaltung der europäischen Industrieerzeugnisse eine viel langsamere Senkungstendenz. Die koloniale Welt, die als Produzent von Lebensmitteln und Rohstoffen nur mit der Kaufkraft dieser Erzeugnisse auf dem europäischen Markt auftreten kann, ist gegenwärtig nicht mehr imstande, der europäischen Güterproduktion die gleiche Gütermenge wie vor dem Kriege abzugeben. Mit anderen Worten: Während die Kaufkraft der legitimen Kundenschaft gesunken ist, ist der Warenpreis unverhältnismäßig hoch geblieben. Somit produziert die europäische Wirtschaft zu teuer!

Daraus ergibt sich für die europäische Wirtschaft die Notwendigkeit, ihre Produktionsmethoden zu revidieren, um sie der Kaufkraft ihrer legitimen Kundenschaft anzupassen und den erforderlichen Absatz wieder zu gewinnen, der seinerseits die Rentabilität der europäischen Wirtschaft herstellt. Je niedriger die europäische Preisgestaltung, um

Rabiettt auch die mit der Frage des Abschlusses eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages zusammenhängenden Probleme besprochen hat. Die Reichsregierung ist jedenfalls bestrebt, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald im Rahmen eines endgültigen Handelsvertrages festzulegen zu wissen.

#### Vor neuen Zollkämpfen

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 10. Februar.

Die Oppositionsparteien werden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, den gemeinsamen Kampf gegen die Regierungscoalition demnach bei der Behandlung der Zollfrage aufnehmen. Die Demokraten glauben, ihre Siedlungspolitik wirksam durch eine veränderte Zollgesetzgebung zu unterstützen, indem die Agrarjölle auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden oder vollkommen verschwinden. Schon jetzt läßt sich nach Auffassung der Koalitionsparteien das Ergebnis der Zollberatungen absehen. Die Koalition wird geschloffen für Verlängerung der kleinen Zolltarifnovelle eintreten, da die Vorarbeiten für die endgültige Regelung noch nicht soweit gediehen sind, daß sie das Zustandekommen des großen Gesetzes bis Ende Juli gewährleisten.

#### Hoefich bei Briand

Ein offizielles Communiqué.

Paris, 9. 2. Briand empfing heute den deutschen Botschafter von Hoefich. Ueber den Gegenstand der Unterredung wird von französischer Seite keine Mitteilung gemacht, während von deutscher zuständiger Stelle folgendes offizielle Communiqué ausgegeben wird:

Der deutsche Botschafter, Herr von Hoefich, der gestern nachmittags von Berlin nach Paris zurückgekehrt ist, hatte heute abend eine einstündige Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. Auf Grund der Unterredungen, die der deutsche Botschafter in Berlin mit Reichsminister Dr. Stresemann gehabt hat, betraf es mit Herrn Briand die verschiedensten Fragen, die Deutschland und Frankreich zur Zeit beschäftigen. Dabei wurde u. a. der Abschluß der Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands und die weitere Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen berührt.

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union zu der Unterredung Hoefichs mit Briand erzählt, hat diese etwa eine Stunde gedauert und allen Problemen gegolten, die zwischen Frankreich und Deutschland in den nächsten Wochen behandelt werden sollen. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß neben den in dem deutschen Communiqué erwähnten Fragen auch das Problem der Rheinlandräumung eingehend erörtert und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann in Betracht gezogen worden ist. Auch die bevorstehende Genfer Staatsagung und die auch hier zur Verhandlung stehenden Gegenstände sind allem Anschein nach gestreift worden. So kommt denn dieser ersten politischen Aussprache Hoefichs mit Briand nach Bildung der neuen Reichsregierung besondere Bedeutung zu, da in den deutsch-französischen Beziehungen seit Abschluß der Entwaffnungsverhandlungen der Weg für die Lösung der weiteren Deutschland so sehr am Herzen liegenden Probleme eröffnet ist.

so härter wird die Kaufkraft der kolonialen Welt in Erscheinung treten können, und um so mehr europäische Waren werden wieder Abnahme finden.

Die Ursachen der ungelunden Steigerung europäischer Produktionskosten liegen klar zu Tage: Sie wurzeln vor allem in der ungeheuren Verschuldung, in die der Krieg alle europäischen Staaten gestürzt hat. Ihre Zinssumme belastet alle Formen der Wirtschaft in schwerstem Maße. Dazu treten die Arbeitslosenunterstützungen, wodurch indirekt die unbeschäftigten Arbeitermassen auf Kosten der beschäftigten Arbeiter erhalten werden müssen, ein Umstand, der die Kosten der Produktion erheblich verleiern.

Endlich liegen sie in der irrationalen Verteilung der Arbeitskräfte. Dieser Zustand hat es mit sich gebracht, daß von Staatswegen Millionen von Menschen ohne Arbeitsmöglichkeit und ohne Land in unzulänglicher Lebenshaltung in Europa vegetieren, während ungeheure Gebiete auf der Erde

brach liegen, nur weil es an den nötigen Arbeitskräften fehlt, sie der Kultur zu erschließen.

Die Reaktion des Arbeitsprozesses in der europäischen Wirtschaft erfordert somit: Erstens die Abschreibung der Kriegsschulden. Zweitens großzügige und planmäßige Kolonisation. Zu diesem Zwecke sind vornehmlich die heute zwecklos von Staatswegen gewährten Arbeitslosenunterstützungen heranzuziehen.

Nur diese beiden Mittel können den europäischen Wirtschaftsapparat wieder in Gang setzen, weil einerseits eine durch Abschreibung toten Kapitals wesentlich verbilligte Produktion ihren Markt wieder finden wird, und andererseits eine großzügige Kolonisation neue Absatzgebiete schafft, deren Entwicklung- und Aufnahmefähigkeiten fast unbegrenzt sind.

Fänden die Völker Europas nicht bei Zeiten die Kraft in sich zu solcher Evolution, dann werden jugendlichere und tatkräftigere Rassen an ihre Stelle treten und die noch brach liegenden Räume dieser Erde erschließen, um nach ihrer Art jene Sendung zu erfüllen, zu welcher die weiße Rasse zwar berufen erschien, der sie sich aber nicht mehr befähigt gezeigt haben wird.

### Finanzausgleichsverhandlungen beginnen

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 10. Februar.

Der neue Reichsfinanzminister hat bei der Vorbereitung seiner Etatsrede, die er in der kommenden Woche vor dem Reichstag halten wird, sich besonders für den Finanzausgleich interessiert, von dessen Lösung der sichere Bestand der Regierungscoalition abhängt. Wie wir hören, hat Dr. Adhler im wesentlichen die Pläne Dr. Reinholds übernommen. Er wird nach seiner Etatsrede die bisher schriftlich gepflogenen Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder in mündlicher Aussprache fortführen. Er hofft, nach einer Einigung mit Bayern, bald das Einverständnis der anderen Regierungen zu dem Gesetzentwurf zu erlangen und ihn noch vor den Osterferien verabschieden zu können.

### Aus dem Kellerterrat des Reichstages

Berlin, 9. 2. Der Kellerterrat des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, die kommunizistische Interpellation über die Angelegenheit des Reichsministers des Innern Dr. v. Reußell, und das kommunizistische Mißtrauensvotum gegen diesen Minister auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung zu setzen unter der Voraussetzung, daß der Reichskanzler dann in der Lage sein wird, die Interpellation zu beantworten. Am morgigen Donnerstag soll, wie üblich an diesem Wochentage, nur eine kurze Sitzung von zwei Stunden abgehalten werden, um den Rest der Tagesordnung von heute, die voraussichtlich nicht ganz erledigt werden wird, weiter zu beraten und außerdem den kommunizistischen Antrag über die Annahmefriste zu beraten. Vom Sonnabend ab bleibt es bei der vorgesehenen kurzen Pause in den Plenarsitzungen bis zum nächsten Mittwoch. Dann wird die erste Lesung des Reichshaushaltplanes mit dem Finanzausgleich beginnen. Die Verhandlung wird eingeleitet durch die Etatsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Adhler.

### Bericht des Botschafters Kaufher

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 10. Februar.

Von gutunterrichteter Seite erfahren wir, daß der deutsche Botschafter in Warschau, Kaufher, der Reichsregierung über die Deutsch-Polenverhältnisse in Oberschlesien bereits einen Bericht übermittelt hat, der zu der Hoffnung keine Berechtigung gibt, daß die Warschauer Regierung die Ausweisungsbefehle zurückzieht. Dem Botschafter gegenüber ist polnischerseits das Bedauern ausgesprochen worden, daß die polnische Behörde in Oberschlesien infolge des Verhaltens der ausgewiesenen Deutschen veranlaßt gesehen habe, die Ausweisungen vorzunehmen. In Warschau werde dieser Schritt bedauert, da er zu einer Kompromittierung des deutsch-polnischen Verhältnisses führen könne, man müsse sich aber den Gründen fügen und versuchen, trotzdem die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht zu verschärfen. In Polen sehe man keine Veranlassung, die Handelsvertragsverhandlungen abzubreden, viel-